

# Auer Tageblatt

**Wagungsprobe:** Durch unsern neuen Preis für den Abonnenten von 100 Mk. ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir innerhalb 100 Mk. bei den Abonnenten ein neues Blatt herausbringen können, sehr groß. Durch den Abbruch der 100 Mk. wird die Wahrscheinlichkeit, dass wir innerhalb 100 Mk. ein neues Blatt herausbringen können, sehr groß. Durch den Abbruch der 100 Mk. wird die Wahrscheinlichkeit, dass wir innerhalb 100 Mk. ein neues Blatt herausbringen können, sehr groß.

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer So.intagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage: nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Preis pro Nummer 50. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

**Regelung des Soldatenrats im Kriegsministerium.** Auch im Kriegsministerium in Berlin hat sich ein Soldatenrat gebildet.

Nr. 265

Mittwoch, den 13. November 1918

13. Jahrgang

# Der Belagerungszustand aufgehoben.

## Ueber 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Milliarden auf die 9. Kriegsanleihe gezeichnet.

### Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen

Den deutschen Bevollmächtigten im französischen Hauptquartier ist es erfreulicherweise gelungen, einige Milderungen der harten Waffenstillstandsbedingungen durchzusetzen. Ein von uns schon gestern durch Sonderblatt ausgegebenes Telegramm meldet darüber was folgt:

Nach einem gestern vormittag gegebenen Zuspruch der deutschen Bevollmächtigten an die Oberste Kommandierung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden. Unter anderem soll die auf dem rechten Rheinufer vorbehaltene neutrale Zone sich bis zu einer Entfernung von 10 km statt 30 bis 40 km vom Fluß erstrecken. Die Zahl der auszuliefernden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt auf 10000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen ist vereinbart, daß die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluss der Vorliebverhandlungen geregelt. Die Bestimmungen über die U-Boote lautet: Auslieferung aller U-Boote, einschließlic der U-Boot-Kreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständigen Ausrüstung. Sie fahren nach den von den Alliierten bezeichneten Häfen. Solche, die nicht in See stehen können, werden abgerüstet, vom Personal verlassen und unter Bewachung gestellt. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen 7 Tagen zu verlassen. Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach geschlossenen Waffenstillstand nicht verhindern wird, in dem Maße, wie sie es für nötig halten werden. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich jedoch mit der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem für notwendig erachteten Maße. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung und der Kündigung, falls die Klauseln nicht durchgeführt werden.

### Zur inneren Lage.

#### Das Programm der neuen Regierung.

Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten kündigt an, die Regierung setze sich zur Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verhandelt mit Gesetzkraft: Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungswesens auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gewerbeordnung, sowie der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und die Wiederumkehrung der Arbeiterbeschützungsbestimmungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Arbeitstag in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Sorge für ausreichende Arbeitsmöglichkeiten, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungsbeiträge bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen Eingriff Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht

nach dem Proportionalssystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, aus der die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

Berlin, 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann.  
Landsberg. Dittmann. Barth.

#### Die Arbeitsverteilung in der neuen Regierung.

Für die Besetzung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Arbeitsverteilung vorgesehen: Ebert Inneres und Militärisches, Haase Außenwesen und Kolonien, Scheidemann Finanzen, Dittmann Demobilisierung, Verkehrswesen, Rechtspflege, Volksgesundheit, Landberg Presse und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur, Barth Sozialpolitik.

#### Thronverhältnisse.

Karl Leopold IV. zu Lippe hat dem Thron entsagt. Auch der Herzog von Anhalt hat auf den Thron verzichtet, ebenso der Großherzog von Oldenburg.

#### Vom Reichstag.

Die für heute Mittwoch angekündigte Reichstags-Sitzung findet nicht statt.

#### Eine Witz an Branding.

Ein sozialdemokratischer Witzschuß in Berlin hat sich an den schwedischen Sozialistenführer Branding gewendet, er möge bei der Internationale seinen Einfluß für maßvolle Friedensbedingungen für Deutschland geltend machen.

#### Ein Demobilisierungsamt.

Für Vberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt)“ errichtet worden. Mit der Leitung dieses Amtes ist der bisherige Oberleutnant Koeth, Leiter der Kriegsohnenabteilung, beauftragt worden. — Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat befehlt: Das Demobilisierungsamt in Berlin, Leiter Dr. Koeth, ist vom Arbeiter- und Soldatenrat befehlt. Die Demobilisierungskommission im Reich arbeiten von heute an im Auftrage und Interesse des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Arbeiter- und Soldatenräte im Reich haben den Umwelungen der Kommission Folge zu leisten.

#### Die neue Staatsgewalt und die Presse.

Schriftleiter der Dresdner Zeitungen und Vertreter großer auswärtiger Blätter, die sich berufsmäßig mit Fragen der Politik beschäftigen, haben sich mit den durch die Revolution für ihre Tätigkeit geschaffenen Lage befaßt. Sie haben den Vertretern der neuen Staatsgewalt gegenüber erklärt, sie seien voraus, daß die neue Staatsgewalt der Presse gegenüber mindestens im gleichen Maße Achtung und Entgegenkommen erweisen wird, wie es die bisherige Staatsgewalt im Interesse der Öffentlichkeit getan hat. Sie fordern u. a. ungehinderten Zutritt zu den Arbeiterräumen und Presselimmern der beiden Ständekammern, Zutritt zu den Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrates und der sonstigen von der neuen Regierungsgewalt eingesetzten beschlussfassenden Körperschaften, vollständigen Wegfall der Zensur und der Überwachung der Pressegespräche und Telegramme, Sicherstellung der Presse vor Eingriffen in ihre Besitz- und Anstellungsverhältnisse ungeachtet der Forderungen der Verleger. Diese Forderungen wurden dem Soldaten- und Arbeiterrat durch eine Abordnung überbracht. Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates sagte die loyalste Erfüllung der Forderungen zu. Nur zwei Einschränkungen behalte er sich vor. Erstens: die Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates sollen, solange organisatorische Fragen behandelt werden, geheim bleiben; zu den späteren Beratungen jedoch, namentlich zu den gesetzgeberischen Angelegenheiten, würde die Presse Zutritt erhalten. Eine Pressezensur soll zwar nicht bestehen, jedoch würde die neue Regierung keine Unterstützung einer gewalttätigen Gegenbewegung durch die Presse zulassen; eine sachliche Kritik aber werde in keiner Weise behindert werden.

**Ein Soldatenrat im Kriegsministerium.** Auch im Kriegsministerium in Berlin hat sich ein Soldatenrat gebildet.

#### Bildung von Bürgerausschüssen.

Der Hansabund veröffentlicht folgendes: Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches den schwersten inneren Umwälzungen tatenlos gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum auf, zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten. Diese Bürgerausschüsse haben in Verbindung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgaben zu lösen: Wahrung der Bürgerrechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei Staatsmaßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Großberlin haben wir bereits die nötigen Schritte getan. Hansabund: Dr. Rieker.

#### Zur Eindeutigkeit des A. und S. Rates.

Der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat hält seine Tagungen seit Montag im Ständehaus in Dresden ab. Der Exekutivrat werden Ausschüsse angegliedert, die die vorbereitenden Arbeiten für Demobilisierung, Ernährungsfragen, Wohnungsversorgung, Sanitätswesen und Kunstpflege zu leisten haben.

#### Verfügen über den Eisenbahndienst.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen hat folgende Verfügung erlassen: Der Eisenbahndienst wird ausschließlich gemäß den bisherigen Vorschriften aufrechterhalten. Die Zuständigkeit der Dienststellen bleibt unverändert, ebenso die Rechte und Pflichten der einzelnen Beamten, Arbeiter und sonstigen Bediensteten. Diese Verfügung ist durch Anschlag in den Dienst- und Aufenthaltswachen bekanntzugeben.

#### Die Lage in Belgien.

Nachdem das Stadiberordneterkollegium vom Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst wurde, sollen in 14 Tagen neue Wahlen stattfinden. Daran können sich alle männlichen und weiblichen Personen, die das 20. Jahr erfüllt haben, beteiligen. Gewählt wird nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht.

#### Das Parlament der neuen Regierung in Sachsen.

Mitte nächster Woche sollen die Wahlen für ein vorläufiges Vorparlament der neuen Regierung stattfinden. Wahlkörper werden lediglich die Truppendeile, die Abgeordnete für den Soldatenrat, und große industrielle Betriebe, die Abgeordnete für den Arbeiterrat wählen sollen. Die Gewählten beider Wahlkörper werden dann zu einem Vorparlament stimmberechtigt sein, das die Vorbereitung für die Ausarbeitung der Wahlen zu einer Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen zu erledigen hat. Das in den Truppendeilen und in den Arbeitsstellen der Industrie nicht vertretene Bürgertum wird also von der neuen Regierung für die zunächst geltenden gesetzgeberischen Körperschaften vollständig ausgeschlossen.

#### Die Lage in Bayern.

Eine Proklamation des abgedankten Königs wird in München erwartet. Sie dürfte die Abdankung der Dynastie verkünden. Allerdings steht der Wunsch des Königs nicht fest. Der frühere Ministerpräsident v. Dandl und der stellvertretende frühere Kriegsminister, der General v. Speidl gibt mit Genehmigung des Ministers für militärische Angelegenheiten in einem Erlaß bekannt, daß der König zurzeit nicht auffindbar sei.

## Heußerungen des Reichskanzlers Ebert.

#### Die künftige deutsche Republik.

Der Reichskanzler Ebert empfing vorgestern, wenige Stunden, nachdem er sein Amt angetreten hatte, einen Vertreter des Holländisch Neuwes Bureaus. Der Kanzler sagte den Sinn der Beschlüsse dieses Tages etwa wie folgt zusammen: Die Sache der Freiheit hat heute in Deutschland einen ihrer großen Siegestage erlebt. Das deutsche Volk